

Journalistenverfolgung

Die Fraktionen der CVP und der LRP haben den Entwurf eines Antrags in den Deutschen Bundestag eingebracht, mit dem sie die Bundesregierung auffordern möchten, sich in Europa und weltweit für die Pressefreiheit und gegen die Verfolgung von Journalisten einzusetzen. Auf diese Weise soll der Bundestag seine Besorgnis über die verbreitete Missachtung und Einschränkung der Pressefreiheit zum Ausdruck bringen und der Bundesregierung parlamentarischen Rückhalt für einen verstärkten diplomatischen Einsatz geben.

Die Abgeordneten beraten in ihren Fraktionen, in Ausschüssen und im Plenum über den Antragsentwurf und mögliche Veränderungen, bevor sie im Plenum abstimmen. Sie thematisieren Chancen und Probleme und versuchen, ihre Interessen durchzusetzen.

Hintergrund

In vielen Ländern der Welt setzen Journalisten ihr Leben aufs Spiel, wenn sie unabhängig und kritisch Bericht erstatten. Viele müssen mit Morddrohungen leben. Im Jahr 2010 wurden laut "Reporter ohne Grenzen" 57 Journalisten ermordet sowie 147 Journalisten und 115 Internet-Aktivist*innen inhaftiert.

Sehr bewusst wurde der Öffentlichkeit die Gefahr für unabhängige Journalisten jüngst im Rahmen der Proteste in den arabischen Staaten, bei denen mehrere in- und ausländische Journalisten in ihrer Arbeit behindert, verhaftet, verletzt und getötet wurden. Darüber hinaus wurden in den vergangenen Jahren insbesondere Fälle von Journalistenverfolgung in Russland, in China und im Iran diskutiert. So sorgte der bis heute ungeklärte Tod der russischen Reporterin und Menschenrechtsaktivistin Anna Politkowskaja für weltweites Entsetzen. Das Fernsehen in Russland ist unter Kontrolle der Regierung. Auch die Presse hat es schwer, unabhängig Bericht zu erstatten, insbesondere aus Tschetschenien und dem weiteren Nordkaukasus. In China sind Rundfunk, Presse und auch das Internet immer wieder der Zensur unterworfen. Bekannt wurde insbesondere Friedensnobelpreisträger Liu Xiaobo, den die chinesische Führung für das Verfassen und Verbreiten der Forderungen nach politischen Reformen und Demokratisierung in der „Charta 08“ inhaftierte. Im Iran geht der Staat seit den letzten Wahlen und den folgenden Unruhen noch stärker gegen Journalisten vor. Mehr als 30 Journalisten sitzen in iranischen Gefängnissen. In Deutschland galt die Sorge dabei insbesondere zwei deutschen Reportern, die im Oktober 2010 im Iran inhaftiert und bis Februar 2011 festgehalten wurden.

Fälle von Journalistenverfolgung werden im Rahmen der Vereinten Nationen zwar immer wieder im Rahmen der Berichte über die Menschenrechtssituation angesprochen. Doch gibt es bislang kein Gremium, das sich gezielt um die Wahrung der Pressefreiheit kümmert.

Nicht mit den genannten Fällen aus Iran, Russland und China vergleichbar, aber dennoch sehr wichtig in der Diskussion ist die Situation der Journalisten im EU-Mitgliedstaat Ungarn. Im europäischen Rahmen gab es große Empörung über das neue ungarische Mediengesetz, das als Instrument der Zensur benutzt werden könne. Ungarn hat inzwischen eine Korrektur seines Mediengesetzes versprochen, die jedoch zahlreichen politischen Akteuren nicht weit genug geht. Sie fordern einen Mechanismus in der EU, der bei möglichen zukünftigen Fällen dieser Art ein wirksames Vorgehen ermöglicht.

Der Umgang mit den Medien wird oft als Barometer für die demokratischen Grundfreiheiten gesehen, die ein Staat seinen Bürgerinnen und Bürgern gewährt. Ohne freie Medien kann die Bevölkerung keine unabhängigen Informationen über das Handeln der Regierung erhalten und die Regierung für ihr Handeln oder Unterlassen nicht zur Verantwortung ziehen.

Daher stellt sich die Frage, wie Deutschland auf andere Staaten Einfluss nehmen kann, um die Pressefreiheit weltweit zu stärken.

**Entwurf eines Antrages zum weltweiten Eintreten
für Pressefreiheit und gegen Journalistenverfolgung****I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

Eine freiheitliche und demokratische Gesellschaftsordnung ist nicht vorstellbar ohne freie Presse. Jede staatliche Macht braucht Kontrolle, zum einen durch Parlamente, zum anderen aber auch durch eine kritische Öffentlichkeit. Ohne kritische Öffentlichkeit können auch Parlamente ihrer Aufgabe nicht gerecht werden.

Mit Freude und Genugtuung nimmt der Deutsche Bundestag zur Kenntnis, dass die freiheitliche Demokratie in den letzten Jahren in mehreren Erdteilen einen Siegeszug antreten konnte und dass in diesem Rahmen auch der Pressefreiheit zunehmend zur Geltung verholfen wurde.

Gleichzeitig jedoch ist der Deutsche Bundestag beunruhigt darüber, dass die Pressefreiheit in vielen Staaten der Welt entweder nicht gegeben oder aber gefährdet ist. In nicht wenigen Staaten, darunter aufstrebenden Weltmächten, schränken herrschende Eliten den Handlungsspielraum von Journalisten aus Angst vor Kritik ein. Demgegenüber zeigt die Erfahrung in demokratischen Staaten, dass ein konstruktiver Umgang mit kritischen Stimmen hilft, Fehlentwicklungen zu erkennen und zu benennen, um sie so auch beheben zu können.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. Unablässig alle Möglichkeiten zu nutzen, um im In- und Ausland für eine freie Presse und damit gegen jede Form der Journalistenverfolgung einzutreten;
2. In bilateralen Gesprächen mit den Regierungen einen nachhaltigen Dialog darüber zu führen, wie die Situation der Journalisten verbessert werden kann;
3. Im Rahmen der Europäischen Union alles zu unternehmen, um die freie Entfaltung der Presse zu gewährleisten und anzuregen, dass die Mitgliedstaaten gemeinsam einen Standard für unabhängige Medienarbeit entwickeln;
4. Im Rahmen der Vereinten Nationen auf die Einrichtung der Institution eines Hohen Kommissars für Pressefreiheit (UNHCFP) hinzuwirken. Der Hohe Kommissar soll vom Generalsekretär der Vereinten Nationen ernannt werden und nach Bestätigung durch die Generalversammlung diesem unterstellt sein. Er soll der Generalversammlung der UN jährlich Bericht über die Entwicklung der Pressefreiheit in allen Staaten der Welt erstatten und Vorschläge unterbreiten, wie gegen aktuelle Verstöße vorzugehen ist. Er soll sich zudem in bi- und multilateralen Gesprächen, Organisationen und Foren mit Vertretern staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure für die weltweite Anerkennung und Einhaltung der Pressefreiheit einsetzen.

Die APD sieht die Pressefreiheit als elementaren Wert und unabdingbare Voraussetzung der Demokratie. Eine Einschränkung ist ihrer Meinung nach keinesfalls zu akzeptieren. **Deutschland muss sich nach Ansicht der APD unmissverständlich positionieren**, wenn in einem Staat die freie Berichterstattung der Medien bedroht oder gar nicht mehr möglich ist.

Die APD befürwortet daher einen Antrag an die Bundesregierung, sich international für die Pressefreiheit einzusetzen. **Doch gehen ihr die Formulierungen längst nicht weit genug.** Während in dem Entwurf von CVP und LRP Probleme nur sehr allgemein angesprochen werden, möchte die APD **die Staaten, in denen die Pressefreiheit bedroht ist, klar benennen.** Im Rahmen der EU geht es dabei vor allem um **Ungarn.** Weltweit macht sich die APD insbesondere Sorgen um Staaten wie **China, Iran und Russland.**

Zum allgemeinen außenpolitischen Handeln (Satz 1 und 2) argumentiert die APD:

- **Verstöße in bestimmten Staaten müssen wir beim Namen nennen.** Dies macht die Kritik glaubwürdig und **erhöht den Druck** auf die Regierungen.
- **Solidarität** ist nicht nur zwischen den Regierungen geboten, sondern auch **mit der Bevölkerung**, dem eigentlichen Souverän.
- Dabei ist es allerdings wichtig, dass wir die **Kontakte nie abreißen lassen. Nur so behalten wir die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen.** Die erfolgreiche Außenpolitik der APD im Ost-West-Konflikt hat den Sinn des Prinzips Wandel durch Annäherung bewiesen.

Zur Strategie innerhalb der Europäischen Union (Satz 3) fordert die APD:

- Grundwerte wie die Pressefreiheit sind der Kern des europäischen Projekts. **Wenn wir nicht ganz klar für die uneingeschränkte Wahrung der Pressefreiheit im Inneren der Europäischen Union eintreten, verlieren wir unsere Glaubwürdigkeit gegenüber Diktaturen in anderen Staaten.**
- Daher muss die Bundesregierung **Ungarn eindeutig auffordern**, die volle Pressefreiheit zu gewährleisten und **sein umstrittenes Mediengesetz zurückzunehmen.**
- Die Bundesregierung muss zudem darauf hinwirken, dass **in der EU ein Mechanismus geschaffen wird, der den Mitgliedstaaten verbindlich vorschreibt, die Pressefreiheit zu wahren** und bei Zuwiderhandlung Sanktionen vorsieht.

Zum Vorgehen im Rahmen der UNO (Satz 4) befindet die APD:

- Die Forderung von CVP und LRP, die **Institution eines Hohen Kommissars für Pressefreiheit in der UNO einzuführen**, ist ein **Ausweichmanöver der Koalition: Eine neue internationale Institution ersetzt nicht eine ehrliche und klare Außen- und Europapolitik.** Auch ein UN-Hochkommissar kann nur dann mit Autorität gegen die Verfolgung von Journalisten eintreten, wenn die einzelnen Staaten dabei glaubwürdig hinter ihm stehen und politisch mit ihm an einem Strang ziehen.